Pfund's Milch-Seife
Dresdner Lokal- Gebr. Pfund.
Dresden.

# Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

**Lobeck & Co.**
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Simon's
**Annenhof**
Dresden.
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.
Mässige Preise.

**B. Rammer,** Damenschneiderin
**Dresden, Marschallstrasse 42, II.**
empfiehlt sich der geehrten Damenwelt.
Garantie für Passen. • Bedienung prompt.
Preise solid.

**Tapeten.**
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
**Tapeten.**

Familien- Strohhut- Schneider- Schuhmacher- **Nähmaschinen**
**H. Grossmann,** Nähmaschinenfabr., Chemnitzerstrasse 26. Waisenhausstr. 5. Striesenerstr. 18.

**Regenschirme** in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

**Nr. 23. Spiegel:** Auflösung der italienischen Kammer. Hofnachrichten. „Sachsenbank". Kunstausstellung. Stadtverordneten-Sitzung. Ausstattungs-Vortrag. Kreisausschuß. Gerichtsverhandlungen. Albina-Concert. | Muthmaßliche Witterung: Al. Schneefall, Kälteabnahme. | **Sonnabend, 23. Jan.**

## Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

**Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",**
**Marienstraße 38, Erdgeschoß.**

### Politisches.

Der italienische Ministerpräsident hat vom König die Ermächtigung zur Auflösung der Kammer erbeten und erhalten und so vor aller Welt den Beweis geliefert, daß er zu der Einsicht gelangt ist, eine dem Allgemeinwohl ersprießliche Führung der öffentlichen Geschäfte könne nicht auf die Dauer mit Hilfe von Zugeständnissen an den Radikalismus erfolgen. Herr di Rudini ist damit um eine Erfahrung reicher geworden, deren praktische Erprobung er sich hätte ersparen können, wenn er von Anfang an etwas weniger optimistisch zu Werke gegangen wäre. Leute von sanguinischem Temperament schließen leicht „Freundschaften", die im Augenblick der Ekstase auf ewige Dauer berechnet, bei dem ersten Anprall der nüchternen Wirklichkeit in die Brüche gehen, gewöhnlich dann, wenn der „Freund" seine liebevolle Gesinnung durch die Gewährung eines ernstlichen Dienstes bethätigen soll. Aehnlich ist es auch dem Marchese di Rudini ergangen. Als er sich zuerst im Sattel zurecht setzte, ließ er sich von den Radikalen den Steigbügeltrunk reichen, drückte Herrn Cavallotti mit einem verheißungsvollen „Auf Wiedersehen im Regierungspalast" die Hand und begann dann den schweren Ritt in das unromantische Land der Ministerherrlichkeit. Herr Cavallotti aber, entzückt von soviel Liebenswürdigkeit, lächelte traumverloren vor sich hin und schwor sich im Stillen zu, alles zu bewilligen, was Herr di Rudini verlangen würde, das heißt natürlich nur gegen ausgiebige Erfüllung der radikalen Programmforderungen im Allgemeinen und der Cavallotti'schen Herzenswünsche im Besonderen. Herr di Rudini hatte sich das gegenseitige Verhältniß indes anders vorgestellt. Er hoffte, seinen neuen „Freund" Cavallotti durch fortgesetzte Aufmerksamkeiten von seinen radikalen Irrthümern heilen und ihn zu einem nützlichen Mitglied des italienischen Staatswesens machen zu können. Wie sehr er damit auf dem Holzwege war, erkannte der Ministerpräsident sehr bald, als er Herrn Cavallotti um praktische Mitarbeit an den großen der Erledigung harrenden Aufgaben der italienischen Regierung auf dem politischen, militärischen und wirthschaftlich-sozialen Gebiete anging.

So hatte der radikale Führer nicht gewettet. Ebenso wenig wie ein Lazzaroni ohne die dringendste Noth einen Finger rührt, ist ein italienischer Radikaler aus öffentlichem Interesse zu einer positiven parlamentarischen Arbeitsleistung zu bewegen. Statt dessen tischte Herr Cavallotti dem Ministerpräsidenten einen großen finanziellen Skandal aus der Aera Crispi auf, der in der Anschuldigung gipfelte, daß Crispi die Gelder, die seinerzeit zur Unterstützung der vom Erdbeben heimgesuchten Gegenden eingegangen waren, in unverantwortlicher Weise verschleudert habe. Die ganze Aktion fiel aber so kläglich in's Wasser, daß Herr Cavallotti hinterher wie ein begossener Pudel dastand. Die Niederlage Cavallotti's in dieser Angelegenheit gab für Herrn di Rudini den Ausschlag zu einer entschiedenen Schwenkung in seiner Politik, indem er nunmehr den Radikalen einfach den Stuhl vor die Thür setzte und die parlamentarische Lage „mit einem hörbaren Ruck" nach rechts verschob. Bezeichnend für den neuen Geist, in dem Herr di Rudini die Geschäfte fortan zu leiten gedenkt, sofern ihn nicht eine unvermuthete Sturzwelle an den Strand der „Verflossenen" spült, ist eine Rede, die er jüngst im Senat gehalten hat. Der Ministerpräsident beschwor darin die Senatoren eindringlich, sie möchten ihm doch mit ihrer alten und gefesteten Erbweisheit zu Hilfe kommen, um ihm die völlige Losreißung von den extremen Elementen zu ermöglichen. Auch stellte er zu diesem Zwecke seine Bereitwilligkeit zu einer Aenderung des Wahlrechts in Aussicht, das in seiner jetzigen Form nur den radikalen Massen, den Umsturzparteien, zu gute komme. Des Weiteren gaben die energischen Maßregeln, die anläßlich der jüngsten wüsten Ausfälle der sozialistischen Parlamentsvertreter gegen das Königshaus zur Unterdrückung der sozialistischen Organisation im Lande ergriffen wurden, Zeugniß von dem Ernste, mit dem der Ministerpräsident den von ihm proklamirten Kampf gegen die extremen Parteien auffaßt.

Es läßt sich denken, daß die Radikalen und Sozialisten über die Aenderung der Politik des Herrn di Rudini vor Wuth schäumten und sich bei der Aeußerung ihrer Gefühle keinerlei Zwang auferlegten. Da aber Herr di Rudini aus früherer Zeit her weiß, wie leicht ein Parlament, in dem die Elemente von der Gasse den Ton angeben, das Ansehen des Staats im Auslande herabzusetzen und im Innern alle Bande der Zucht und Ordnung aufzulösen vermag, so hat er sich kurz entschlossen, den Wiederzusammentritt der Deputirtenkammer nicht erst abzuwarten, sondern durch das Dekret der Auflösung seine Widersacher in alle Winde zu zerstreuen. Das war ein rascher, thatkräftiger Entschluß, der den Marchese in einem ganz neuen Lichte zeigt. Von seinem Gelingen hängt voraussichtlich das Schicksal der gegenwärtigen Regierung ab.

Es sind große staatliche Aufgaben, die in Italien zur Entscheidung stehen: die afrikanische Frage, die Militärreorganisation, die Steuer- und Verwaltungsreform und die Sanirung der Finanzen. Die Lage in Afrika scheint nach der endlichen Beseitigung der letzten Schwierigkeiten, die dem Friedensschluß mit Menelik entgegenstanden, wiederum eine Verschlimmerung erfahren zu sollen durch einen angeblich drohenden Einbruch der Derwische in die Kolonie Erythräa. Schon mit Rücksicht auf diesen einen Punkt bedarf daher die Regierung eines autoritativen Rückhalts im Parlament. Die Durchführung der Steuer- und Verwaltungsreform aber, die geradezu eine Lebensfrage für Italien ist, weil die jetzigen Verhältnisse fortwährende Korruptionsskandale und Empörungen zur Folge haben, erfordert eine grundlegende Arbeit vieler Jahre, die nur geleistet werden kann, wenn die Regierung Ruhe hat vor den parteipolitischen Quertreibereien, die das Land in fortwährende Unruhe stürzen und ungezählte Kräfte bei der Leitung der staatlichen Angelegenheiten verbrauchen. Auch die völlige und dauernde Wiederherstellung des italienischen Staatskredits ist nur möglich unter der Voraussetzung einer langen Ruheperiode im Innern. Die besten Ansätze dazu sind bereits gemacht worden. Der Schatzminister erklärte in seinem letzten Finanzexposé, daß man die Aera des Defizits nun als endgiltig abgeschlossen betrachten und nicht nur auf nothdürftig balancirende Budgets, sondern sogar auf Einnahmeüberschüsse rechnen dürfe, und das trotz der Erhöhung des Kriegsetats, die im Interesse der ungeminderten Erhaltung der Wehrfähigkeit des Landes nothwendig geworden war. Der Staatskredit ist von dem früheren Tiefstand wieder so weit in die Höhe gegangen, daß italienische Rente heute über 90 steht und der Schatzminister sogar eine spätere Konvertirung glaubte in Aussicht nehmen zu dürfen.

Der ganze Anlauf zum Besseren aber, der so gemacht worden ist, wird zu keinem endgiltigen Erfolge führen, wenn dem Lande nicht Zeit zur inneren Sammlung gegeben wird. Arbeit, ernste, tüchtige Arbeit im öffentlichen Dienste und Schutz vor den vergiftenden Ausschreitungen des Radikalismus: das ist es, was das Interesse Italiens dringend erfordert. Gleichzeitig muß aber auch der feindselige Einfluß des Klerikalismus energisch bekämpft werden, der unter dem Eindruck der jüngsten kriegerischen Kundgebung des Papstes, bei Gelegenheit des Empfanges der ehemaligen päpstlichen Offiziere, seine Schwingen wieder mächtig wachsen fühlt. Der „Popolo Romano" faßt die beiden Punkte, auf die es ankommt, ohne Umschreibungen in die rechten Worte zusammen durch die offene Erklärung, die Regierung müsse der sozialistischen Agitation in den Städten, der klerikalen auf dem Lande ohne Weiteres das Handwerk legen. Es wird in der That nicht eher besser werden, bis eine grundlegende Maßregel der bezeichneten Art durchgeführt ist. Als solche kann aber nur eine Aenderung des Wahlrechts bezeichnet werden. Alle anderen Maßnahmen werden stets mehr oder weniger in der Luft schweben, solange das Wahlrecht bleibt, wie es dermalen ist. So kann es nicht bleiben, das fühlt alle Welt. Sogar die gelehrten Kreise beschäftigen sich mit der Frage der Wahlrechtsänderung und ein Professor ist bei seinen Studien über den Gegenstand zu dem Resultate gelangt, daß die Menschen als Einzelindividuen zwar intelligent seien, daß aber in der Form des Parlamentarismus eine Verdummung der Intelligenz eintrete, die der Professor als „Kollektivdummheit" bezeichnet. Die Idee ist nicht übel und dürfte Herrn di Rudini zu einem energischen Versuche nach der Richtung anregen, wie die Kollektivdummheit am zweckmäßigsten durch ein Wahlsystem zu beseitigen sei, das einigermaßen das Vorherrschen einer normalen Erbweisheit im römischen Parlament für die Zukunft gewährleisten würde. Die Hauptsache ist freilich, daß der italienische Ministerpräsident bei den bevorstehenden Neuwahlen eine Majorität erzielt, aus deren Händen er die Wahlrechtsreform entgegennehmen kann. Die Ruhe Italiens verlangt von Seiten der Regierung das Aufgebot ihres ganzen Machtapparats, um den Wahlen einen günstigen Ausgang im staatserhaltenden Sinne zu sichern. Sonst könnte es am Ende nicht ausbleiben, daß die leitenden Kreise den Gedanken einer oktroyirten Verfassung in nähere Erwägung ziehen müßten.

### Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Januar.

* Hamburg. Die streikenden Hafenarbeiter und Seeleute richteten ein Schreiben an den Arbeitgeberverband, worin sie erklären, daß die Arbeitervertreter keineswegs beauftragt waren, die Entlassung aller neuen Arbeiter zu fordern. Diese Frage könnte aus den Verhandlungen ausgeschieden werden, wenn die Arbeitgeber keine weiteren fremden Arbeiter herziehen und versprechen, keine Maßregelungen vorzunehmen. In dem Schreiben wird zugegeben, daß die Abstellung der Mißstände nicht in einigen Tagen durchführbar sei, jedoch ist man der Meinung, daß sich bezüglich der Lohnfrage und der Regelung der Arbeitszeit schon in wenigen Tagen eine Verständigung erzielen läßt. Ferner werden die Arbeitgeber in dem Schreiben ersucht, sofort vor der Wiederaufnahme der Arbeit mit den Arbeitern hierüber in Verhandlung zu treten. Die Vertreter der Arbeiter sind überzeugt, daß die Arbeiter ohne diese Verhandlung die Wiederaufnahme der Arbeit einmüthig ablehnen und ersuchen die Kommission der Arbeitgeber, mit den Arbeitervertretern über einen Weg zur Herbeiführung des Friedens zu berathen.

Berlin. Reichstag. Das Haus setzt die Berathung des Extraordinariums des Reichsamts des Innern bei dem Titel „Untersuchung über Maul- und Klauenseuche" fort. — Abg. Graf Stolberg (kons.): Die Quarantänen seien unentbehrlich, wirklich helfen könne aber nur die generelle Sperrung der Grenze. Ausländisches Vieh brauchten wir überhaupt nicht, die generelle Sperrung müsse daher eine dauernde sein. — Abg. Werner (Reformp.): Die Seuchen würden durch die Viehhändler in das Land geschleppt, vornehmlich durch die jüdischen; darauf vor Allem müsse die Regierung ein Auge haben. Ferner müsse die Desinfektion der Viehwagen eine bessere werden. — Abg. Gerstenberger (Centr.) wünscht, wenn eine generelle Sperrung nicht zu erreichen sei, wenigstens eine größere Sicherung gegen Oesterreich hin, sowie eine ebenso lange Quarantäne für das Schlachtvieh der Großhändler, wie für das Vieh, was der kleine Bauer einführt. Man sollte eine Entschädigung für gefallenes Vieh vom Reiche aus einführen, dann würde das Reich schon für schärfere Maßregeln sorgen. — Landwirthschaftsminister v. Hammerstein: Die Handhabung der Veterinärpolizei gehe bei uns bis an die äußerste Grenze, so daß man im Auslande zuweilen gar glaube, wir gingen zu weit. Diesen Vorwurf haben wir aber stets zu widerlegen vermocht. Eigenthümlich ist es, daß ebenso, wie bei uns behauptet wird, die Seuchen wären vom Auslande nach Deutschland eingeschleppt, im Auslande behauptet wird, sie würden aus Deutschland dorthin verschleppt. Ebenso wie unter den Menschen Krankheiten spontan auftreten, so geschieht dies auch beim Vieh ohne Einschleppung. Daß wir unseren Bedarf an Vieh auch auf die Dauer selbst zu decken im Stande sein würden, glaube ich allerdings auch. Der Etat fordert Mittel für Untersuchungen. Für später ist ein Seucheninstitut in Verbindung mit den Thierarzneischulen beabsichtigt. Man sucht zunächst das Contagium zu finden und glaubt sogar bereits das Präservativ gefunden zu haben. Trotz Kontingentirung der Schweineeinfuhr aus Rußland sind die Schweinepreise doch wieder auf den alten Stand zurückgegangen und besteht daher nicht die geringste Besorgniß wegen der Versorgung unseres Ostens mit Schweinen, und wir erwägen bereits eine völlige Sperrung der Schweineeinfuhr aus Rußland. (Bravo rechts.) Daß die Versorgung unserer östlichen Arbeiter mit Schweinefleisch unzulänglich sei, hat sich als ganz unberechtigt herausgestellt. (Beifall rechts.) Man verweist immer auf England, aber England ist, wenn es auf die materiellen Interessen ankommt, der größte Schutzzöllner der Welt. Wir haben außerdem wegen unserer stereotypen Lage unsere besonderen Interessen wahrzunehmen. Dem Abgeordneten Gerstenberger bemerke ich noch, daß das eingeführte Schlachtvieh sofort in der Quarantäne unter der Grenzkontrolle getödtet wird. Wir mögen noch so gewissenhaft unsere Pflicht thun, wir können es doch nicht Allen recht machen. — Abg. Jeddersen (nl.): Zu einer Sperre gegen Dänemark liegt nicht der geringste Grund vor, da dort seit 5 Jahren nur ein einziger verdächtiger Fall vorgekommen ist und da genügt völlig die Quarantäne. Wir in Schleswig-Holstein wissen ohnehin nicht, wo wir mit den Schafen hin sollen, die wir früher nach England exportirten. — Abg. Pachnicke (freis. Ver.) wendet sich gegen eine allgemeine Sperre. Jedenfalls würde eine generelle Sperre eine starke Vertheuerung der Fleischpreise nach sich ziehen, ohne daß feststehe, ob den Landwirthen damit genützt würde. Daß die deutsche Landwirthschaft den Bedarf Deutschlands decken könnte, sei eine bereits 20 Jahre alte Behauptung, die sich bisher noch nicht bewahrheitet habe. Den Interessen des Bundes der Landwirthe ständen die Interessen von Millionen der kleinen Landleute gegenüber, die Mager-Vieh kaufen müßten und die Interessen der Arbeiter, von denen der Satz gelte, „Sein einziger Reichthum ist sein Schwein." (Lachen). — Abg. v. Ploetz (kons.) hält Prohibitivmaßregeln im Inlande, auf die Staatssekretär v. Bötticher so großes Gewicht lege, für ganz unzureichend; Hauptsache bleibe der Schutz an der Grenze. Im preußischen Abgeordnetenhause würden seine Freunde auseinandersetzen, wie es an den Grenzen zugehe. Die Hetzerei der Freisinnigen auf dem Lande bezwecke nur Trennung der Bauern und Großbesitzer. — Abgg. Hilpert und Aichbichler plaidiren für die allgemeine Sperre. — Abg. Dr. Hahn (nl.): Gegen Dänemark genüge die Quarantäne nicht, weil die Incubationszeit länger dauere, als man glaube. Wolle man die Grenze gegen Dänemark nicht sperren, so müsse man die Quarantäne mindestens auf 4 Wochen ausdehnen. Auch das viele minderwerthige Fleisch von dort müsse man aussperren. Dasselbe gelte von Holland. Maßregeln im Innern heißen nicht ohne Sperrung der Grenze. Die Landwirthe wollen nicht die Preise vertheuern, sondern nur Preise haben, bei denen sie existiren können. — Landwirthschaftsminister Freiherr v. Hammerstein bestreitet die vom Abg. Hahn behaupteten Mängel der Incubationszeit. Gegen die etwaigen Ansteckungsstoffe, die in den Haaren u. s. w. hasten, würde aber auch eine vierwöchentliche Quarantäne nichts nützen. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Gegen die Vieheinfuhr aus Dänemark könnten wir unbedenklich vorgehen, denn mit Dänemark hätten wir keinen Vertrag. Das Unglück wegen der Maul- und Klauenseuche datire auf jeden Fall erst seit Eröffnung unserer Grenzen. — Abgg. Wurm und Ulrich (Soz.) sowie Lessing (freis. Volksp.) erklären sich lebhaft gegen eine totale Sperre. Der Titel wurde schließlich genehmigt, damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt. — Morgen: Etat der Reichsschulden und des Rechnungshofs, dann Novelle zum Unfallversicherungsgesetz.

Berlin. Beide Häuser des Landtags hielten heute Sitzungen ab. Das Herrenhaus überwies nach längerer Verhandlung die Volksschullehrer-Besoldungsvorlage an eine 15er Kommission zur Vorberathung. Kultusminister Dr. Bosse erklärte, die Regierung sei den großen Städten soweit als möglich entgegen gekommen. Die Oberbürgermeister erklärten sich aber mit der Vorlage nicht zufrieden, denn durch dieselbe würden die Interessen der großen Städte kaum weniger geschädigt, als durch die vorjährige Vorlage. Von konservativer Seite wurde bedauert, daß die Regierung auf die Wünsche nach einem Volksschulgesetz auf christlich-konfessioneller Grundlage nicht eingegangen sei, sie erklärten sich aber bereit, im Interesse der Lehrer an dem Zustandekommen der Vorlage mitzuwirken. Für die Vorlage traten Fürstbischof Dr. Kopp und Prof. Beyschlag-Halle besonders warm ein. Morgen: Interpellation des Grafen Klinckowström, betr. die Königsberger Weltmühle und Antrag des Grafen Frankenberg, betr. Eisenbahnwagen-Mangel. — Das Abgeordnetenhaus, dem eine Interpellation des Abg. v. Czarlinski (Pole), betr. Auflösung von Versammlungen in Westpreußen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache, zugegangen ist, berieth in erster Lesung das Richterbesoldungsgesetz. Justizminister Schönstedt erklärte gegenüber dem wiederholt in der Debatte kundgegebenen Verlangen, Einführung des Dienstaltersstufensystems, daß dieses für die Amts- und Landrichter eine Verschlechterung bedeuten würde. Finanzminister Dr. Miquel versuchte im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auf die Forderung einer Gleichstellung der Justiz mit der Verwaltung zu verzichten. Schließlich wurde die Vorlage an die verstärkte Budgetkommission verwiesen. Das Schuldentilgungsgesetz wurde in dritter Lesung angenommen.

Berlin. Der Entwurf einer neuen Grundbuchordnung für das Deutsche Reich ist heute dem Reichstage zugegangen.

Berlin. Die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses bringt zur zweiten Lesung des Etats einen Antrag betr. die Verbesserung des Diensteinkommens der evangelischen und katholischen Geistlichen ein. — Wie der „Neuen Stettiner Ztg." aus Berlin mitgetheilt wird, hat Handelsminister Brefeld dieser Tage den Vorsitzenden des Aeltestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft, Geh. Rath Herz, um seinen Besuch gebeten und ihn bei der Unterredung ersucht, Vorschläge zu einem Ausgleich zu machen. Geh. Rath Herz glaubte, diesen Vorschlag ablehnen zu müssen, da es nicht seine Sache sei, den Weg zu einem Ausgleich zu suchen. Herz forderte vielmehr Minister Brefeld auf, seinerseits

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die — beste — für Wäsche und Haushalt